

# Ursachen und Folgen des Scheiterns der Deutschen Revolution von 1848/49<sup>1</sup>

HANS-WERNER HAHN

## Gießen und die Revolution von 1848/49

Der 175. Jahrestag der Revolution von 1848/49 ist nicht nur für die deutsche Geschichte im Allgemeinen, sondern gerade auch für die Geschichte der Stadt Gießen ein erinnerungswürdiges Datum. Gewiss besaß Gießen für den Verlauf der Revolution nicht die Bedeutung, die den großen Städten, allen voran Berlin, Wien und Frankfurt, zufiel. Aber Gießen lag in einem Streifen, der sich vom deutschen Südwesten über das Rheinland, Hessen, die mitteldeutschen Regionen bis nach Schlesien zog. Er umfasste das Kerngebiet des deutschen Revolutionsgeschehens, und hier hatte sich schon im Vormärz eine nationale bürgerliche Elite herausgebildet, die 1848/49 das parlamentarische Leben dominierte. Abseits dieses Streifens, in weiten Teilen Bayerns, in Norddeutschland und im Osten Preußens, verlief das politische Leben vor und während der Revolutionsmonate deutlich ruhiger. Zudem war Gießen generell ein Ort, in dem die Ereignisse der Jahre 1848/49 einen außerordentlich breiten Niederschlag fanden. Dies zeigt vor allem die Untersuchung von Michael Wettengel über die Revolution im Rhein-Main-Raum. Hier wird deutlich, wie rasch die Stadt Gießen und Teile ihres Umlandes im März 1848 von der revolutionären Welle erfasst wurden, wie schnell sich die Politisierung der Gesellschaft vollzog und welchen großen Anteil die Bevölkerung dann an der Arbeit der seit Mai 1848 in Frankfurt tagenden Nationalversammlung nahm.<sup>2</sup> Diese Politisierung der Gesellschaft, die sich in neuen Presseorganen, vor allem aber in der Gründung politischer Vereine niederschlug, hing natürlich mit der Nähe zur Stadt Frankfurt zusammen. Sie war aber auch eine Fortsetzung und Steigerung von Prozessen und Debatten, die Gießen seit Beginn des 19. Jahrhunderts erfasst hatten und die seit 1830 nicht zuletzt durch die Verfassungskämpfe im Großherzogtum Hessen immer deutlicher hervorgetreten waren.

Eine besondere Rolle spielte in diesem Zusammenhang die Universität.<sup>3</sup> Den Universitätsstädten kam 1848/49 als Motoren der Revolutionsbewegung generell

- 
- 1 Bei den folgenden Ausführungen handelt es sich um einen leicht überarbeiteten und mit einigen Anmerkungen versehenen Vortrag, den der Verfasser am 22. November 2023 beim Oberhessischen Geschichtsverein in Gießen gehalten hat.
  - 2 Wettengel, Michael, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum. Politische Vereine und Revolutionsalltag im Großherzogtum Hessen, Herzogtum Nassau und in der Freien Stadt Frankfurt, Wiesbaden 1989. Vgl. jetzt auch Wettengel, Michael, Revolution von 1848/49 in Hessen. Die hessischen Staaten, Nassau, Waldeck und Frankfurt, Frankfurt 2022.
  - 3 Vgl. hierzu Felschow, Eva-Marie/Häderle, Irene, Im Visier der Staatsgewalt. Die Universität Gießen als Zentrum von Revolution und Repression 1813 bis 1848, Gießen 2015.

eine besondere Bedeutung zu.<sup>4</sup> Zum einen gewann die studentische Bewegung, die im Vormärz verfolgt worden war und in geheime Verbindungen hatte ausweichen müssen, neuen Bewegungsspielraum. Zum anderen sahen politische Professoren, die seit im Vormärz wegen ihres Eintretens für ein freiheitliches und einheitliches Deutschland verfolgt worden waren, die Chance gekommen, ihren großen Zielen zum Durchbruch zu verhelfen. Auch in den politischen Vereinen der Stadt Gießen übernahmen Professoren und andere Bildungsbürger die Führungsrolle. Beim Gründungsprozess der demokratischen Vereine spielten Professoren wie Carl Vogt, Josef Hillebrand und der Dozent Moritz Carrière eine zentrale Rolle<sup>5</sup> und trugen dazu bei, dass die Demokraten in der Stadt rasch die politische Szene dominierten. Als sich die gemäßigten Liberalen, die Konstitutionellen, in vaterländischen Vereinen gegen die demokratische Richtung zu formieren begannen, standen ebenfalls Universitätsprofessoren gemeinsam mit höheren Justizbeamten an der Spitze der Bewegung.<sup>6</sup>

Auf der Ebene der Parlamente trat diese Dominanz des Bildungsbürgertums noch deutlicher hervor. Die deutsche Nationalversammlung ist ja oft als „Professorenparlament“ bezeichnet und bespöttelt worden. Treffender ist allerdings die Bezeichnung „Juristenparlament“. Mehrere dieser bildungsbürgerlichen Abgeordneten wiesen einen engen Bezug zu Gießen auf, wo sie entweder geboren und aufgewachsen waren, wo sie studiert hatten oder wo sie im Vormärz und danach beruflich gewirkt hatten. Der bekannteste dieser Abgeordneten war zweifellos der Zoologie-Professor Carl Vogt, der im Wahlkreis Gießen gewählt worden war und sich in Frankfurt der linken Fraktion „Deutscher Hof“ anschloss. Am Ende der Revolution gehörte er im Frühjahr 1849 zu den entschiedenen Verteidigern der von den wichtigsten deutschen Fürsten verworfenen Reichsverfassung und bezahlte dieses Engagement mit Amtsenthebung und Schweizer Exil.<sup>7</sup> Dass Carl Vogt zu den wichtigen und überregional bekannten Akteuren der Revolution von 1848/49 gehörte, kommt nicht zuletzt in den zahlreichen Karikaturen zum Ausdruck, die in den Revolutionsmonaten 1848/49 von ihm entstanden.<sup>8</sup>

Zu den überregional bekannten Akteuren aus dem Gießener Umfeld gehörte ferner Heinrich Carl Jaup, der 1781 als Professorensohn in Gießen geboren wurde, hier selbst Professor der Rechte wurde und in der Paulskirche Mitglied der

---

4 Bruch, Rüdiger vom, Die Universitäten in der Revolution 1848/49. Revolution ohne Universität – Universität ohne Revolution, in: Hardtwig, Wolfgang (Hrsg.), Revolution in Deutschland und Europa 1848/49, Göttingen 1998, S. 133–160; Langewiesche, Dieter, Studenten in der europäischen Revolution von 1848, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 2 (1999), S. 38–56.

5 Wettengel, Die Revolution (wie Anm. 2), S. 196 ff.

6 Ebd., S. 248 ff.

7 Berding, Helmut, Carl Vogt (1817–1895). Der politische Lebensweg eines liberalen Demokraten, in: Reich, Regionen und Europa in Mittelalter und Neuzeit. Festschrift für Peter Moraw, hrsg. von Heinig, Paul-Joachim u. a., Gießen 2000, S. 479–496.

8 Vgl. hierzu Reiter, Annette, Die Sammlung A. W. Heil. Politische Druckgraphik des Vormärz und der Revolution 1848/49, Stuttgart 1994.



Abb. 1: „Nabuchodonosor, der Minister der Zukunft“. Die Karikatur nimmt Bezug auf die religions skeptische Haltung von Carl Vogt, der als gierig blickende, Gras fressende Raubkatze dargestellt wird. Der Name spielt auf König Nebukadnezar von Babylon an. Der Untertitel „Minister der Zukunft“ bezieht sich auf die Kabinettskrise im September, als Carl Vogt zeitweise als Minister in einem Kabinett Friedrich Dahlmanns im Gespräch war. Dieses Kabinett kam nicht zustande.

(Bildnachweis: Annette Reiter, *Die Sammlung A. W. Heil. Politische Druckgraphik des Vormärz und der Revolution 1848/49*, Stuttgart 1994, S. 241).

gemäßigt-liberalen Casinofraktion war. Jaup leitete als Nachfolger Heinrich von Gagerns von 1848 bis 1850 als so genannter Märzminister das Darmstädtische Staatsministerium.<sup>9</sup> Zu den Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung zählte schließlich aber auch der langjährige Kanzler der Universität Gießen, Freiherr Justin von Linde. Der in den liberal-demokratischen Kreisen verhasste katholisch-konservative Jurist wurde freilich nicht in Gießen gewählt, sondern im westfälischen Wahlkreis Borken.<sup>10</sup> Linde, der auch als Rechtsberater des Reichsverwesers Erzherzog Johann tätig wurde, schloss sich in Frankfurt keiner Fraktion an. Er stimmte in der Regel mit den Konservativen, lehnte jedoch aufgrund sei-

9 Zu Jaup vgl. Best, Heinrich/Weege, Wilhelm, *Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49*, Düsseldorf 1998, S. 191 f.

10 Ebd., S. 223.

ner pro-habsburgischen Haltung die Wahl eines preußischen Erbkaisers ab. In der Debatte über die Stellung der Juden trat Linde mit dem Satz „als Volk gehören sie zur deutschen Nation“ nachdrücklich für deren rechtliche Gleichstellung ein, als diese ausgerechnet von einem württembergischen Demokraten infrage gestellt wurde.<sup>11</sup> In Gießen selbst hatten die Konservativen nur wenige Anhänger. Die Revolutions skeptiker, zu denen auch Justus Liebig gehörte, hofften darauf, dass die Konstitutionellen um Jaup und Heinrich von Gagern durch maßvolle Reformen dem Weitertreiben der Revolution entgegenwirken würden.<sup>12</sup>

Einer der eifrigsten Verfechter eines Weitertreibens des revolutionären Kampfes war der 1826 in Gießen geborene und aufgewachsene Wilhelm Liebknecht. Er wirkte noch nicht auf der parlamentarischen Ebene und auch nicht mehr in Gießen, das er 1846 verlassen hatte. Liebknecht nahm im Herbst 1848 am Aufstandsversuch des badischen Demokraten Gustav Struve teil, wurde verhaftet und beteiligte sich nach der Freilassung im Frühsommer 1849 an der so genannten Reichsverfassungskampagne. Sie scheiterte mit der Kapitulation der Festung Rastatt. Liebknecht entkam dem drohenden Todesurteil nur durch Flucht ins Exil.<sup>13</sup>

## Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Erinnerungskultur

Als Mitbegründer und Parteiführer der Sozialdemokratie war es Wilhelm Liebknecht im Deutschen Kaiserreich ein wichtiges Anliegen, die Erinnerung an die Revolution von 1848/49 wach zu halten und die eigene Partei in diese Traditionslinie zu stellen. So würdigte Liebknecht 1888 mit einem Buch über Robert Blum einen der führenden deutschen Demokraten der Revolution von 1848<sup>14</sup>, das noch in mehreren Auflagen erschien. In der offiziellen Erinnerungskultur des Deutschen Kaiserreichs, die ganz von der Reichsgründung und dem Wirken von Bismarck, Moltke und Wilhelm I. bestimmt war, spielte die Revolution von 1848/49 keine Rolle. Für die Konservativen war 1848 ein Jahr, das man schnell vergessen sollte. Und der Großteil des Bürgertums sah im eigenen Wirken von 1848 weniger eine Etappe auf dem Weg zur Reichsgründung, sondern eher einen Irrweg, an den man allenfalls verhalten erinnern wollte. Anders sah es bei den Linksliberalen aus, aber vor allem waren es dann die Sozialdemokraten, die das Erbe von 1848 beanspruchten und dies bei der jährlichen Ehrung der Berliner Märzgefallenen in besonderer Form unterstrichen. Während die Sozialdemokraten die Barrikadenkämpfer in das Zentrum ihrer

---

11 Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, hrsg. von Wigard, Franz, Bd. 3, Frankfurt am Main 1848, S. 1759,

12 Vgl. Felschow, Eva-Marie, Die Revolution von 1848 in Deutschland und in Gießen. Politische Anmerkungen des Chemikers Justus Liebig, in: Gießener Universitätsblätter 1995, S. 23–30.

13 Schröder, Wolfgang, Wilhelm Liebknecht. Soldat der Revolution, Parteiführer, Parlamentarier, Berlin 2013, S. 52 ff.

14 Liebknecht, Wilhelm, Robert Blum und seine Zeit, Nürnberg 1888.

Erinnerungspolitik stellten, waren es bei den Linksliberalen mehr die parlamentarischen Traditionen und die Grundrechte.<sup>15</sup>

In der Weimarer Republik versuchten dann zwar die demokratischen Kräfte, die Traditionen von 1848 für die Stabilisierung der Demokratie zu nutzen. Trotz des Festaktes in der Paulskirche, im Krisenjahr 1923<sup>16</sup>, und trotz der neuen, aber stets umstrittenen schwarz-rot-goldenen Reichsfarben hatten sie aber am Ende damit wenig Erfolg. Bezeichnend ist auch, dass die erste große Darstellung zur deutschen Revolution von 1848/49 von einem Historiker verfasst wurde, dem die eigene Zunft aus politischen Gründen die Habilitation verweigert hatte und der 1933 ins Exil ging. Das 1930 erstmals erschienene Werk von Veit Valentin ist auch heute noch höchst lesenswert.<sup>17</sup> Erst nach dem Zweiten Weltkrieg gewann die Revolution von 1848 in der deutschen Erinnerungskultur und in der historischen Forschung eine größere Bedeutung. Zugleich entstand nun aber ein deutsch-deutscher Streit um das Erbe von 1848, wobei die SED 1948 vor allem den Einheitsgedanken von 1848 aufgriff, um gegen die Weststaatsgründung mobil zu machen. Später bezog man sich in der DDR vor allem auf die gewaltsamen Kämpfe der Revolution, besonders auf die Berliner Barrikadenkämpfe vom März 1848 und die von Friedrich Engels beschriebene Reichsverfassungskampagne vom Frühjahr 1849. In den Westzonen und der späteren Bundesrepublik dominierte dagegen der Blick auf das Paulskirchenparlament und die von ihm verabschiedete Verfassung. Diese Aspekte standen 1998 auch im Mittelpunkt der Erinnerungen an das 150jährige Revolutionsjubiläum. Die Revolution von 1848 erschien nun in einem viel positiveren Licht, als dies zuvor in den deutschen Geschichtsbildern der Fall gewesen war.<sup>18</sup>

1998 wurde in der Bundesrepublik erstmals auch eine Sondermarke zur Revolution von 1848 herausgegeben. Abgebildet war die Eröffnungssitzung des Paulskirchenparlaments. Die von ihm ausgehenden Impulse für den Verfassungsstaat und die Parlamentarisierung wurden durch eine zweite Sondermarke hervorgehoben, die an die Eröffnungssitzung des Parlamentarischen Rates vom 1. September 1949 erinnerte. In der DDR hatte man dagegen bis 1989 mit Sondermarken zu den Berliner Barrikadenkämpfen vom März 1848 vor allem auf den revolutionären

---

15 Hahn, Hans-Werner, Verdrängung und Vermächtnis. Die Revolution von 1848/49 in der Geschichtskultur der Deutschen, in: Ries, Klaus (Hrsg.), *Revolution an der Grenze. 1848/49 als nationales und regionales Ereignis*, St. Ingbert 1999, S. 23–50.

16 Rebentisch, Dieter, *Friedrich Ebert und die Paulskirche. Die Weimarer Demokratie und die 75. Jahrfeyer der 1848er Revolution*, Heidelberg 1998.

17 Valentin, Veit, *Geschichte der deutschen Revolution 1848–1849*, 2. Bde., Berlin 1930. Vgl. auch Fehrenbach, Elisabeth, Veit Valentin, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.), *Deutsche Historiker*, Bd. 1, Göttingen 1971, S. 69–85.

18 Vgl. den umfangreichen Ausstellungskatalog: Gall, Lothar (Hrsg.), *1848. Aufbruch zur Freiheit. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums und der Schirn Kunsthalle Frankfurt zum 150jährigen Jubiläum der Revolution von 1848/49*, Frankfurt am Main 1998.

Kampf Bezug genommen.<sup>19</sup> Zum 175. Jahrestag der Revolution war auch im vereinten Deutschland die Forderung zu hören, dem „Ort des Revolutionären“ eine größere Berücksichtigung in den Darstellungen der Revolution von 1848/49 einzuräumen.<sup>20</sup> Eine entsprechende Sondermarke ist zwar 2023 nicht erschienen. Zwei Jahre zuvor erinnerte die Deutsche Post aber mit einer Briefmarke an Robert Blum, der am 9. November 1848 in Wien hingerichtet worden war.<sup>21</sup> Die Sondermarke der Deutschen Post erschien in einer Serie mit dem Titel „aufrechte Demokraten“. Im Jahr zuvor war im Schloss Bellevue ein Saal nach Robert Blum benannt worden. Der jetzige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier versucht in Fortsetzung der von Gustav Heinemann 1970 angestoßenen demokratischen Erinnerungspolitik dem Wirken deutscher Demokraten größere Resonanz zu verschaffen.<sup>22</sup>

## Die Ursachen für das Scheitern der Revolution von 1848/49

In der Geschichte der Revolution von 1848/49 steht die Hinrichtung Robert Blums für einen Kampf mit der Gegenrevolution, der im November 1848 noch nicht entschieden war, aber dessen Scheitern sich manchen schon anzudeuten schien. Nach dem großen Aufbruch vom März 1848, der Wahl zur Nationalversammlung und der Einsetzung einer provisorischen Reichszentralgewalt mit dem Reichsverweser Erzherzog Johann an der Spitze schienen die großen Ziele der Revolution – also die Einheit Deutschlands unter einer freiheitlichen Verfassung – vielen zum Greifen nahe. Die Herbstereignisse von 1848 – vor allem das Vordringen der Gegenrevolution in Preußen und Österreich – brachten dann aber einen großen Rückschlag, von dem sich die Revolution am Ende nicht mehr erholen sollte.

Immer wieder ist bei der Beschäftigung mit der Revolution von 1848/49 gefragt worden, wo die Ursachen dafür lagen, dass die Revolutionsbewegung die großen politischen Ziele, die deutsche Einheit und die freiheitliche Verfassung nicht erreicht hat. Vor über siebzig Jahren hat der linksliberale Jenaer Historiker Karl Griewank<sup>23</sup> Antworten gegeben, die noch immer bedenkenswert sind, aber unter Einbeziehung neuer Forschungsergebnisse heute präzisiert werden müssen.<sup>24</sup> Gleich zu Anfang seiner Ausführungen macht Griewank deutlich, warum die Vor-

---

19 Vgl. hierzu Hahn, Hans-Werner, Einheit, Freiheit und sozialökonomischer Wandel: Das 19. Jahrhundert im Spiegel deutscher Briefmarken, in: Achim Thomas Hack/Klaus Ries (Hg.), Geschichte zum Aufkleben. Historische Ereignisse im Spiegel deutscher Briefmarken, Stuttgart 2020, S. 49–73.

20 Gatzka, Claudia C., 1848/49 und der Ort des Revolutionären in der deutschen Geschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 73 (2023), S. 7–9.

21 Zerback, Ralf, Robert Blum. Eine Biografie, Leipzig 2007.

22 Steinmeier, Frank-Walter (Hrsg.), Wegbereiter der deutschen Demokratie. 30 mutige Frauen und Männer 1789-1918, München 2021.

23 Kaiser, Tobias, Karl Griewank (1900–1953) – ein deutscher Historiker im „Zeitalter der Extreme“, Stuttgart 2007.

24 Griewank, Karl, Ursachen und Folgen des Scheiterns der deutschen Revolution von 1848/49 (1950), in: Langewiesche, Dieter (Hrsg.), Die deutsche Revolution von 1848/49, Darmstadt 1983, S. 59–90.

gänge vom März 1848 am Ende nicht jene Wucht erzeugen konnten, wie dies nach 1789 in Frankreich der Fall gewesen war. Auch wenn die alten fürstlichen Gewalten in Deutschland im März 1848 relativ rasch dem Druck einer breiten Revolutionsbewegung nachgaben, so waren die Gegensätze zwischen dem Ancien Régime und der Revolutionsbewegung in Deutschland von Anfang an weniger scharf, als dies 1789 in Frankreich der Fall gewesen war. Die Herrscher in Deutschland waren durch die Reformen des aufgeklärten Absolutismus, durch die rheinbündischen und preußischen Reformen und auch durch die nach 1815 in den Einzelstaaten des Deutschen Bundes erreichten verfassungspolitischen Zugeständnisse den bürgerlichen Politikvorstellungen auf wichtigen Feldern bereits entgegengekommen. Diese Reformtradition schlug sich 1848 in der Spaltung der bürgerlichen Revolutionsbewegung nieder, in der ein entscheidender Grund für das Scheitern des gesamtdeutschen Verfassungswerks zu sehen ist.<sup>25</sup> Auf der einen Seite standen die gemäßigt liberalen Kräfte um Heinrich von Gagern. Sie strebten eine Verrechtlichung der Revolution an, wollten die Bewegung in institutionelle Bahnen lenken, wie es mit der Wahl zur Frankfurter Nationalversammlung auch geschah. Die neue Ordnung sollte auf dem Wege einer Verständigung mit den scheinbar geschwächten alten Gewalten durchgesetzt werden. Ziel war eine Reformrevolution, die auf bereits begonnenen Reformpfaden aufbaute und auf die Reformbereitschaft der alten Gewalten hoffte. Dem setzten die entschiedenen Demokraten und radikalen Republikaner, die den Kompromissangeboten der alten Gewalten misstrauten, ein Konzept entgegen, das auf eine Verwirklichung einer echten Volkssouveränität hinauslief. Man wollte der monarchischen Gewalt enge Grenzen ziehen, beziehungsweise sie ganz beseitigen. Gerade Carl Vogt hat das Vertrauen der gemäßigten Liberalen in eine „fortschreitende Entwicklung stabiler Zustände“ in einer Parlamentsrede vom 1. Februar 1849 scharf attackiert und betont, dass es seiner Überzeugung nach keine Alternative zu einer „echten“ Revolution gebe und diese deshalb gegen die alten Gewalten weiter vorangetrieben werden müsse: „Das ist das Gesetz der Natur, und das ist auch das Gesetz des politischen Fortschritts.“<sup>26</sup>

Die Spaltung des bürgerlichen Lagers in gemäßigte Liberale und entschiedene Demokraten, die in den Revolutionsmonaten auch in Gießen immer deutlicher hervortreten sollte<sup>27</sup>, wurde auch durch die unterschiedlichen Positionen zur sozialen Frage verschärft. Das Bevölkerungswachstum und die Struktur- und Konjunkturkrisen des Vormärz hatten überall in Deutschland – gerade auch in Oberhessen<sup>28</sup> – zu einer Massenarmut geführt, die sich im Frühjahr 1848 an vielen Orten in

---

25 Langewiesche, Dieter, Republik, konstitutionelle Monarchie und „Soziale Frage“. Grundprobleme der deutschen Revolution von 1848/49, in ders. (Hrsg.), Die deutsche Revolution (wie Anm. 24), S. 341–361.

26 Stenographischer Bericht (wie Anm. 11), Bd. 7, S. 4992.

27 Vgl. Wettengel, Die Revolution (wie Anm. 2), S. 196 ff. u. 248 ff.

28 Vgl. Hahn, Hans-Werner, Wirtschaft und Verkehr, in: Speitkamp, Winfried (Hrsg.), Handbuch der hessischen Geschichte, Bd. 1: Bevölkerung, Wirtschaft und Staat in Hessen 1806–1945, Marburg 2010, S. 73 ff.

zahlreichen sozialen Protestbewegungen niederschlug.<sup>29</sup> Die gemäßigten Liberalen wollten die gesellschaftlichen Krisen durch verbesserte Bildungsangebote und die Beschleunigung des wirtschaftlichen Strukturwandels entschärfen. Demgegenüber bejahten zwar auch die Demokraten das Privateigentum. Sie plädierten aber zugleich für einen staatlich gesteuerten Ausgleich der sozialen Gegensätze. Vor allem aber wollten sie auch die ärmeren Schichten der Gesellschaft durch das allgemeine Wahlrecht künftig in die politischen Entscheidungsprozesse einbinden. Letzteres schien aber 1848 aus Sicht der Liberalen schon deshalb schwierig zu sein, weil das politische Bewusstsein in breiten Teilen der Bevölkerung ihrer Ansicht nach erst unzureichend entwickelt war.<sup>30</sup>

Gewiss unterstützten große Teile des deutschen Volkes die politischen Märzforderungen und nahmen an den Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung teil. Auf der anderen Seite hatte es aber nicht nur die politische Märzbewegung gegeben, sondern auch spontane Revolutionsbewegungen. Es war zu Maschinenstürmen, Hungerrevolten, bäuerlichen Protestbewegungen und auch zu antijüdischen Exzessen<sup>31</sup> gekommen, die aus sozialer Unzufriedenheit resultierten, hinter denen aber meist kein konkretes politisches Programm stand. Die Formen und Forderungen solcher Proteste, die sich auch während der Revolution fortsetzten, waren so vielfältig, dass auch die neuen Eliten – also die in vielen Einzelstaaten an die Regierung gekommenen Liberalen – sich schwer taten, eine angemessene Antwort auf all diese sozialen Probleme zu geben. Die neuere Revolutionsforschung sieht in dieser Heterogenität der vormärzlichen Gesellschaft eine der entscheidenden Ursachen für das Scheitern der großen politischen Ziele des Jahres 1848.

Die deutsche Gesellschaft war 1848 noch weit von jener industriellen Klasesengesellschaft entfernt, wie sie sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts herausbilden sollte. Sowohl in der ländlichen wie in der städtischen Gesellschaft traten mit der Revolution die vielfältigsten Interessen und Wünsche hervor. Selbst das Bürgertum als wichtigster Träger des politischen Wandels vertrat in vielen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen sehr unterschiedliche Auffassungen. Dies galt etwa für die Frage, ob eine künftige gesamtdeutsche Handelspolitik von freihändlerischen oder schutzzöllnerischen Prinzipien geleitet werden sollte. In der Frage der Gewerbefreiheit und Niederlassungsfreiheit aller Staatsbürger vertrat zwar die Mehrheit der deutschen Nationalversammlung eine wirtschaftsliberale Auffassung. Dies stieß jedoch bei vielen Handwerksmeistern und städtischen Bürgern, die durchaus mit den politischen Zielen der Revolution sympathisierten, auf Widerstand. Man fürchtete um das Auskommen der Handwerker. Viele Städte wollten durch ein eigenes Niederlassungsrecht einen unkontrollierten Zustrom unterstützungsbedürftiger Menschen verhindern. Eine staatliche

---

29 Gailus, Manfred, *Strasse und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Preußens, 1847–1849*, Göttingen 1990.

30 Zu den jeweiligen Positionen vgl. Langewiesche, *Republik* (wie Anm. 25).

31 Vgl. Rohrbacher, Stefan, *Gewalt im Biedermeier. Antijüdische Ausschreitungen in Vormärz und Revolution (1815–1848/49)*, Frankfurt am Main 1993.

Sozialpolitik gab es noch nicht, in den Städten aber existierte meist ein bescheidenes System der Armenfürsorge, das es auf den Dörfern in der Form nicht gab. Stadtbürger befürchteten daher einen Zustrom von land- und erwerbsloser Dorfbevölkerung, der das bisherige System der Armenfürsorge sprengen würde.<sup>32</sup>

Die Revolution von 1848 ist oft als eine bürgerliche Revolution bezeichnet worden. In der Tat entsprach das in der Reichsverfassung vom März 1849 verankerte gesellschaftliche und wirtschaftliche Programm den Ordnungsprinzipien einer bürgerlichen Gesellschaft. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich in den oft gewaltsamen spontanen Revolutionsbewegungen und vor allem auch in den vielen, an das deutsche Parlament gerichteten Petitionen eine vorindustriell-antikapitalistische Haltung widerspiegelte.<sup>33</sup> Diese schlug sich etwa in Forderungen der Fuhrleute nieder, den Eisenbahntransport bestimmter Waren zu verbieten. Ferner fand die von den Liberalen befürwortete marktwirtschaftliche Ordnung mit freier Preisgestaltung bei einem Großteil der städtischen Unterschichten entschiedenen Widerspruch. Hier forderte man im Sinne der so genannten „moralischen Ökonomie“ bezahlbare Preise für Nahrungsmittel, also Markteingriffe des Staates. Komplizierte Interessengegensätze finden sich schließlich auch in der ländlichen Gesellschaft. Verarmte Bauern und ländliche Unterschichten forderten die Beibehaltung alter Nutzungsrechte an Wald und Allmende. Die besser situierten und nun von den Feudallasten befreiten Bauern wollten dagegen die Chancen marktwirtschaftlicher Verhältnisse nutzen.

Die Revolution war damit für große Teile der Bevölkerung auch ein letzter Abwehrkampf gegen eine als Bedrohung empfundene Moderne, also gegen Marktwirtschaft und Industrialisierung.<sup>34</sup> Aber auch innerhalb der bürgerlichen Kräfte, die die Modernisierung der Wirtschaft vorantreiben wollten, gab es heftigen Streit darüber, ob die Zollpolitik eines geeinten Deutschlands künftig an freihändlerischen oder schutzzöllnerischen Prinzipien ausgerichtet sein sollte.<sup>35</sup> Vor welchen Schwierigkeiten die Abgeordneten der Nationalversammlung angesichts der auseinanderstrebenden Interessen und Wünschen standen, kommt auch in den Karikaturen zum Ausdruck. Der fiktive Abgeordnete Piepmeyer, der 1848/49 als Comicfigur die Sorgen und Nöte eines Abgeordneten widerspiegelte, stand staunend vor den vielfältigen Eingaben, die den volkswirtschaftlichen Ausschuss des Parla-

---

32 Hahn, Hans-Werner, Die sozioökonomische Ordnung der Nation, in: Dipper, Christoph/ Speck, Ulrich (Hrsg.), 1848. Revolution in Deutschland, Frankfurt 1998, S. 366–380.

33 Zu den Petitionen aus der Provinz Oberhessen, bei denen die Frage der Gewerbeordnung auch eine wichtige Rolle spielte, vgl. Moldenhauer, Rüdiger, Die Petitionen aus Oberhessen an die deutsche Nationalversammlung 1848–49, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins N. F. 51 (1966), S. 75–119.

34 Langewiesche, Dieter, Die deutsche Revolution von 1848/49 und die vorrevolutionäre Gesellschaft: Forschungsstand und Forschungsperspektiven, Teil 2, in: Archiv für Sozialgeschichte 31 (1991), S. 342.

35 Best, Heinrich, Interessenpolitik und nationale Integration. Handelspolitische Konflikte im frühindustriellen Deutschland, Göttingen 1980.



*Er verspricht für Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, Aufhebung der Jagdrechte und aller Grund- und Feudallasten stimmen zu wollen.*



*Er verspricht für Freihandel zu stimmen.*



*Er verspricht für Aufrechterhaltung des Bestehenden, für Zunftzwang zu stimmen.*



*Er verspricht für Schutzzölle zu stimmen.*

*Abb. 2: „Der Abgeordnete Piepmeyer macht unterschiedlichen Wählergruppen sich völlig widersprechende Zusagen“. (Bildnachweis: „Thaten und Meinungen des Herrn Piepmeyer“. Erstmalsiger Reprint der Ausgabe von 1849, neu hrsg. von Isabel Sistemich und Susanne Kramer, Aachen 2000, S. 27).*

ments erreichten, und stimmte in seiner Hilflosigkeit allen sich widersprechenden Forderungen seiner Wähler zu.<sup>36</sup>

All diese divergierenden gesellschaftlichen Interessen verstärkten die politischen Gegensätze im bürgerlichen Lager. Obwohl eine wirkliche soziale Revolution eigentlich nicht drohte und von einem proletarischen Klassenbewusstsein noch keine Rede sein konnte, führten gerade die so stark aufkommenden sozialen Wünsche in weiten Teilen des Bürgertums zu großen Ängsten. Einige fürchteten am Ende weniger die alten Gewalten als die von radikalen Demokraten erhobenen Forderungen nach umfangreichen sozialen Reformen und politischer Partizipation der Unterschichten durch das allgemeine Wahlrecht. Eine republikanische Ordnung erschien daher vielen als Enteignungsmaschine. Die jeweiligen Zuschreibungen – egoistisches Großbürgertum gegen sozialrevolutionäre Demokraten – beruh-

<sup>36</sup> Thaten und Meinungen des Herrn Piepmeyer. Abgeordneter zur constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, 1848, (von Adolf Schrödter gezeichnet u. Johann Hermann Detmold), bearbeitet von Sistemich, Isabel u. Kramer, Susanne, Aachen 2000, S. 47 u. 27.



Abb. 3: „Der Abgeordnete Piepmeyer steht staunend vor der Fülle von Petitionen, die seit Sommer 1848 an den volkswirtschaftlichen Ausschuss der Nationalversammlung gerichtet werden“. (Bildnachweis: „Thaten und Meinungen des Herrn Piepmeyer“. Erstmaliger Reprint der Ausgabe von 1849, neu hrsg. von Isabel Sistemich und Susanne Kramer, Aachen 2000, S. 47).

ten zwar auf verzerrten gegenseitigen Wahrnehmungen, aber sie schwächten die Durchschlagskraft der Revolutionsbewegung und spielten den alten Gewalten in die Hände.<sup>37</sup>

Dies zeigte sich gerade in der Herbstkrise der Revolution, als in Österreich und Preußen die alten Gewalten mit ihren gegenrevolutionären Strategien erfolgreich waren und die gemäßigt liberalen Eliten der Reichszentralgewalt sich mit Waffengewalt gegen die Angriffe radikaler Kräfte zur Wehr setzen mussten. Der Frankfurter Septemberaufstand entstand aus den Protesten gegen den Malmöer Waffenstillstand mit Dänemark. Die Frankfurter Unruhen entzündeten sich zwar an der Kritik, die in der Nationalversammlung gegen das eigenmächtige Vorgehen Preußens aufgekommen war. Sie wurden allerdings auch durch die soziale Unzufriedenheit städtischer Mittel- und Unterschichten angeheizt. Der Septemberaufstand leitete den Wendepunkt der deutschen Revolution ein. Es kam zwar auch in anderen deutschen Regionen, in Baden, Thüringen und vor allem in Wien zu neuen Aufständen, die von Vertretern der radikalen Linken angeführt wurden. Zu

37 Vgl. Langewiesche, Republik (wie Anm. 25), S. 360.

einer zweiten großen Revolutionswelle kam es aber nicht, schon weil die Koordination zwischen den einzelnen Aufständen ausblieb. Karl Griewank hat die Frage aufgeworfen, ob nicht ein energischeres und gemeinsames Vorgehen der demokratisch-republikanischen Kräfte auch bei einem Scheitern nicht doch gewisse Errungenschaften der Märzrevolution so hätte festigen können, dass „sie nicht wieder rückgängig zu machen gewesen wären“.<sup>38</sup>

Die neuere Forschung hat aber gezeigt, dass das gesellschaftliche und politische Fundament dieser zweiten Revolutionswelle zu schwach war. Die Schwäche resultierte keineswegs vorrangig aus der Ablehnung gewaltsamer Proteste durch die gemäßigt-liberalen Kräfte im Bürgertum. Auch in der ländlichen Gesellschaft, die nach wie vor den Großteil der deutschen Bevölkerung ausmachte, fanden die Aufrufe zu einer neuen Revolution eher schwachen Rückhalt, wenn man einmal von besonders politisierten Regionen wie Baden, der bayerischen Pfalz oder Teilen Thüringens absieht. Viele Bauern, deren Proteste im März und April 1848 den Druck auf die Regierenden so massiv verschärft hatten, waren inzwischen aus der Revolutionsbewegung ausgeschert. Durch die in vielen Staaten rasch vollzogene Aufhebung der feudalen Überreste, also den Abschluss der so genannten Bauernbefreiung, war das wichtigste Anliegen der bäuerlichen Bevölkerung erfüllt. In bestimmten deutschen Regionen blieben Bauern als Mitglieder politischer Vereine zwar aktiv. In vielen anderen ländlichen Regionen sah es freilich anders aus.<sup>39</sup> Im Übrigen war die ländliche Gesellschaft auch das wichtigste Rekrutierungsfeld des Militärs. Die Verfügungsgewalt über das Militär blieb auch in der Revolution in der Hand der alten Gewalten. Die liberalen Eliten der neuen Reichszentralgewalt hatten keinen Zugriff auf eigene Truppen und waren bei der Niederschlagung von Unruhen auf das bestehende Militär angewiesen. Diese Schwäche nutzten die alten Gewalten seit Herbst 1848 immer stärker aus. Dabei zeigte sich gerade in Preußen, dass es der Führung durch eine Mischung von Disziplinierung, ideologischer Einflussnahme und Belohnungen gelang, die Einsatzbereitschaft der meist aus der Landbevölkerung rekrutierten Truppen aufrecht zu erhalten und aufkommende Militärmeutereien und Landwehrunruhen rasch niederzuschlagen. Auch dies war ein wichtiger Grund für das Scheitern der Revolution.<sup>40</sup>

Darüber hinaus profitierten die alten Gewalten auch von der noch immer starken Loyalität, die breite Bevölkerungskreise den jeweiligen Herrscherhäusern entgegenbrachten. Die deutschen Dynastien waren ja nicht wie in Italien als zum Teil landfremde Nutznießer der europäischen Kabinettpolitik entstanden. Als angestammte Fürstenhäuser verfügten sie in weiten Teilen der Bevölkerung über ein beachtliches Kapital fest verwurzelter Anhänglichkeit. Als in der Paulskirche von linker Seite die Forderung aufkam, die Kleinstaaten zu mediatisieren, bekannten sich

---

38 Griewank, Ursachen (wie Anm. 24), S. 72.

39 Ries, Klaus, Bauern und ländliche Unterschichten, in: Dipper/Speck (Hrsg.), Revolution (wie Anm. 32), S. 262–271.

40 Vgl. Hachtmann, Rüdiger, Epochenschwelle zur Moderne. Einführung in die Revolution von 1848/49, Tübingen 2002, S. 126 ff.

viele Bewohner Thüringer Kleinstaaten zwar zu einem freiheitlichen deutschen Nationalstaat. Sie forderten aber zugleich, dass ihr kleines Fürstentum als Teil des deutschen Bundesstaates erhalten bleiben sollte.<sup>41</sup> In Städten des östlichen Preußens kam es im Herbst 1848 zu so genannten Thron- und Altarunruhen. Hierbei protestierten Teile des Kleinbürgertums und der Unterschichten gegen den Wirtschaftsliberalismus der bürgerlichen Eliten und unterstrichen zugleich ihre Treue zum König. Auch die preußischen Veteranenvereine mit ihren bereits etwa 50 000 Mitgliedern aus breiten Schichten des Volkes erwiesen sich als Stütze der Konservativen. Ähnliche Tendenzen gab es im kirchlichen Bereich, wo die Revolution von 1848 gerade im Katholizismus zum Ausbau des kirchlichen Vereinswesens führte. Damit wurden in Bayern und Österreich jene gestärkt, die dem Einigungsversuch der deutschen Nationalversammlung ablehnend gegenüberstanden.

Zur Schwäche der zweiten Revolutionswelle vom Herbst trug aber auch eine gewisse Revolutionsmüdigkeit bei, die in vielen Schichten der Gesellschaft zu spüren war. Das hing nicht zuletzt mit enttäuschten materiellen Erwartungen an den politischen Wechsel zusammen. Der Revolution vorausgegangen waren mehrere Konjunktur- und Strukturkrisen, die sich in den Sommermonaten des Jahres 1848 sogar weiter verstärkten. Teilweise ist auch die mangelnde politische Reife der Deutschen als Grund für das Ausbleiben der zweiten Revolution genannt worden. Der Kulturhistoriker Wilhelm Heinrich Riehl sprach 1850 davon, dass die Masse der Menschen im März 1848 die neue Freiheit aufgenommen habe wie ein Kind ein Spielzeug zu Weihnachten. Man habe sich aber „bald satt geschaut“ und es schließlich in die Ecke geworfen, „wie Kinder zu tun pflegen“.<sup>42</sup> Eine solche Sicht verkennt freilich die beachtlichen Lernprozesse, die die Deutschen in Parlamenten, kommunalen Gremien, Vereinen, Petitionsbewegungen oder Volksversammlungen seit März 1848 vollzogen hatten. Diese Lernprozesse brachen im Herbst 1848 auch nicht ab. Das Vereinswesen erhielt durch die Proteste gegen die Hinrichtung Robert Blums und die anhaltenden Debatten über die deutsche Verfassung sogar einen weiteren Schub.<sup>43</sup>

In einem Bereich waren politischen Lernprozessen freilich Grenzen gesetzt: bei der Frage, wie ein deutscher Nationalstaat in das europäische Staatensystem eingepasst werden konnte. Die deutsche Frage war schon bedingt durch die Mittellage und die 1815 dem Deutschen Bund zugedachte Funktion im Gleichgewichtssystem auch eine europäische Frage.<sup>44</sup> In der älteren deutschen Forschung ist immer wieder

---

41 Hierzu jetzt Beez, Julia, Kleinstaat und Zentralgewalt. Die schwarzburgischen Fürstentümer in der Revolution von 1848/49, Petersberg 2023, S. 377 ff.

42 Riehl, Wilhelm Heinrich, Nassauische Chronik des Jahres 1848. Mit einem Nachwort und Dokumentenanhang von Winfried Schüler und Guntram Müller-Schellenberg, Idstein 1979, S. 105.

43 Wettengel, Michael, Parteibildung in Deutschland. Das politische Vereinswesen in der Revolution von 1848, in: Dowe, Dieter/Haupt, Heinz-Gerhard/Langewiesche, Dieter (Hrsg.), Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, S. 701–738.

44 Doering-Manteuffel, Anselm, Die deutsche Frage und das europäische Staatensystem 1815–1871, München 2001, S. 24 ff. u. 85 ff.

darauf verwiesen worden, dass die großen außerdeutschen Mächte, also Russland, Frankreich und Großbritannien dem angestrebten deutschen Nationalstaat ablehnend gegenübergestanden hätten. Nur bestimmte politische Kreise in London hätten sich anfangs eine kleindeutsch-bundesstaatliche Nationalstaatsgründung unter Schonung der einzelstaatlichen Monarchen vorstellen können. Dieser Befund ist durchaus richtig. Man muss aber auch sehen, dass die Deutschen durch den im Sommer und Herbst 1848 aufkeimenden Nationalismus in der Schleswigfrage, der ja gerade auch die politische Linke erfasst hatte, Misstrauen bei den europäischen Nachbarn hervorriefen. Die Grenzkonflikte zwischen den Deutschen einerseits und den territorialen und staatlichen Ansprüchen der dänischen, polnischen und italienischen Nationalbewegung andererseits verstärkten im europäischen Ausland die Sorgen vor einem neuen Machtzentrum in Mitteleuropa. Sie erschwerten damit die Realisierung des angestrebten deutschen Nationalstaates.<sup>45</sup>

Fragt man abschließend nach den Ursachen für das Scheitern der deutschen Revolution von 1848, so sollte man von monokausalen Erklärungen Abstand nehmen. Man kann nicht den Widerstand der europäischen Mächte oder den Konflikt um Groß- oder Kleindeutschland oder auch – wie von marxistischer Seite – den vermeintlichen Verrat des Bürgertums an seinen eigenen Zielen als den alles entscheidenden Grund benennen. Wenn die Revolution von 1848/49 den großen Durchbruch verfehlte, so hing dies mit einer ganzen Fülle höchst verschiedener Faktoren zusammen. Zunächst einmal muss man festhalten, dass das Scheitern der Revolution von 1848/49 ja kein rein deutsches Phänomen war. Die deutsche Märzrevolution war von der Februarrevolution in Frankreich ausgelöst worden. Schon zuvor hatte es Aufstände in Italien gegeben, und auch in anderen Teilen Europas war es im März 1848 zu Unruhen und Aufständen gekommen, die sich sogar über Europa hinaus auswirken sollten.<sup>46</sup> Auch fortan gab es eine wechselseitige Beeinflussung zwischen den europäischen Revolutionen sowohl in Bezug auf die Ziele als auch im Hinblick auf den Verlauf. Seit Sommer 1848 mehrten sich überall in Europa die Anzeichen dafür, dass der revolutionäre Schwung vom Frühjahr zu erlahmen begann und dass die alten Gewalten, beziehungsweise konservativere, auf Ruhe und Ordnung drängende Kräfte erstarkten. Dies zeigte sich in der Pariser Junischlacht ebenso wie in den Siegen, welche die österreichischen Truppen unter den Oberbefehlshabern Windischgrätz und Radetzky gegen Aufständische in Polen, Prag und Italien erzielten. Dabei wurden gerade die Nationalitätenkonflikte von den alten Gewalten genutzt, um ihre Positionen gegenüber den Revolutionsbewegungen zu verbessern. Am Ende verfehlten die Revolutionen nicht nur in Deutschland, sondern vielleicht mit Ausnahme der Schweiz in ganz Europa ihre Kernziele. Ob

---

45 Ausführlich zu diesen Debatten, in denen gerade der ehemalige Kanzler der Universität Gießen zur Mäßigung aufrief, Wollstein, Günter, *Das „Großdeutschland“ der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49*, Düsseldorf 1977. Zu Linde vgl. dort S. 249.

46 Hierzu jetzt Clarke, Christopher, *Frühling der Revolution. Europa 1848/49 und der Kampf um eine neue Welt*, München 2023.

man tatsächlich durch ein entschlosseneres Handeln, besseren Organisationsformen, besseren charismatischen Führungspersönlichkeiten und durch ein stärkeres Zusammenwirken der europäischen Revolutionsbewegungen mehr hätte erreichen können, bleibt zweifelhaft. Die demokratische Linke in Deutschland rechtfertigte im Herbst 1848 und im Frühjahr 1849 die bewaffneten Kämpfe gegen die konterrevolutionären Kräfte unter anderem damit, dass ein Erfolg der deutschen Revolution auch auf den anderen europäischen Revolutionsschauplätzen eine Wende einleiten könne. Man setzte auf den gemeinsamen Kampf der europäischen Freiheitsbewegungen gegen die reaktionären Mächte. Der Ruf nach einem europäischen Befreiungskrieg war angesichts der realen Kräfteverhältnisse aber wohl eher „Ausdruck deutschen intellektuellen Wunschenkens, bar jeder Rücksicht auf die tatsächlichen Kräfteverhältnisse in den einzelnen Gesellschaften“.<sup>47</sup> In einem solchen Krieg hätte „die Gegenrevolution wohl in noch größerem Umfang und auf viel blutigere Weise gesiegt“<sup>48</sup>, und die politische Niederlage der freiheitlichen Kräfte wäre noch größer gewesen.

Die vielen Hindernisse, die gerade in Deutschland einer erfolgreichen Revolution entgegenstanden, hingen vor allem damit zusammen, dass man 1848 vor der besonderen Aufgabe stand, mehrere sich überlagernde Modernisierungsprobleme zur gleichen Zeit lösen zu müssen.<sup>49</sup> In Frankreich wurden die Verfassungs- und Partizipationsfragen bereits im festen Gehäuse eines Nationalstaates diskutiert. In Deutschland kam die Verfassungsfrage dagegen gemeinsam mit der noch ungelösten Frage der Nationalstaatsgründung auf die Tagesordnung. Um Grenzen und Ausmaß eines deutschen Nationalstaats musste erst noch gerungen werden. In den Verfassungsberatungen entschied sich die deutsche Nationalversammlung im Oktober 1848 zunächst für eine großdeutsche Lösung. Danach sollte das künftige Deutsche Reich aus dem Gebiet des Deutschen Bundes bestehen, zu dem aber Schleswig und die östlichen Provinzen Preußens neu hinzukommen sollten. Das Habsburger Reich war mit jenen Gebieten dabei, die bisher Teil des Deutschen Bundes waren: also die deutschösterreichischen Gebiete, aber auch Böhmen und der italienischsprachige Teil von Tirol. Die Monarchie der Habsburger wäre demnach in einen reichszugehörigen und einen reichsfremden Teil zerfallen. Zudem wurde festgelegt, dass kein Einzelstaat des bundesstaatlich organisierten Reiches mit einem nichtdeutschen Staat staatsrechtlich vereinigt sein dürfe.<sup>50</sup> Die Habsburger Monarchie hätte sich demnach in Personalunionen auflösen müssen, und ihr Monarch wäre Staatsoberhaupt mehrerer unabhängiger Staaten gewesen. Damit stand das in Jahrhunderten errichtete übernationale Ordnungs- und Herrschafts-

---

47 Winkler, Heinrich August, *Der überforderte Liberalismus. Der Ort der Revolution von 1848/49 in der deutschen Geschichte*, in: Hardtwig (Hrsg.), *Revolution* (wie Anm. 4), S. 196.

48 Ebd.

49 Langewiesche, *Republik* (wie Anm. 25), S. 341 ff.

50 Huber, Ernst Rudolf, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. 2: *Der Kampf um Einheit und Freiheit 1830 bis 1850*, 2. Aufl. Stuttgart 1967, S. 796 f.

gefüge der Habsburger auf dem Spiel. Entsprechend gering war die Bereitschaft der bisherigen habsburgischen Führungsschicht, sich auf einen solchen Weg zu begeben. Folglich gab es einen harten Widerstand Wiens gegen diese Lösung. Zugleich lehnte man aber auch den von der Mehrheit der Paulskirche dann favorisierten kleindeutschen Bundesstaat unter Führung Preußens ab. Der nun stärker aufkommende preußisch-österreichische Dualismus gehörte zweifellos zu den wichtigen Ursachen, die zum Scheitern der Revolution führten.<sup>51</sup>

Darüber hinaus barg aber auch die Verfassungsfrage genug Konflikte, die ein gemeinsames Handeln der Revolutionsbewegung erschwerten. In der deutschen Nationalversammlung ging es zum einen um die Entscheidung über eine unitarische oder föderative Ordnung. Die Mehrheit der Nationalversammlung wollte auf die gewachsenen Strukturen in Deutschland Rücksicht nehmen und strebte eine bundesstaatliche Lösung an. Zum anderen war die Regierungsform umstritten. Hier wurde zwischen der in Europa typischen konstitutionellen Erbmonarchie, einer parlamentarischen Monarchie oder einer Republik gerungen, wobei das letzte Modell die geringste Unterstützung besaß. Heftig umstritten war ferner das Wahlrecht, bei dem die Liberalen am Ende doch auf das allgemeine Männerwahlrecht akzeptierten, um die notwendigen Stimmen der Linken für die Reichsverfassung und die Wahl eines preußischen Erbkaisers zu erhalten.<sup>52</sup> All diese komplizierten Fragen von Grenzen und Verfassung wurden nun aber noch überlagert von den sozialen Fragen, die ebenfalls neue, allerdings keineswegs einfache Lösungen erforderten.

Weitere strukturelle Probleme, die einen Erfolg der Revolutionsbewegung erschwerten, lagen in dem für Deutschland typischen Polyzentrismus: im Fehlen eines revolutionären Zentrums wie Paris, in den starken regionalen Entwicklungsfällen und in dem vielfach noch sehr ausgeprägten Stadt-Land-Gegensatz. Hemmend wirkten auch die aus der konfessionellen Spaltung resultierenden Konflikte und die große Heterogenität der gesellschaftlichen Verhältnisse. Das aus all dem resultierende Neben- und Gegeneinander von zukunfts- und rückwärtsgewandten Ideen und Interessen verhinderte von Anfang an eine dauerhafte große Allianz aller nach Veränderung strebenden Kräfte. Neben den strukturellen Hindernissen trugen zweifellos auch politische Fehler und Fehleinschätzungen zum Misserfolg der Revolution bei. Die neuen bürgerlichen Eliten, die im März 1848 zu Macht und Einfluss drängten, überschätzten nach den raschen Anfangserfolgen die eigenen Kräfte und Möglichkeiten. Zugleich unterschätzten sie bei ihrem Versuch, einen Nationalstaat zu gründen, sowohl Ängste und Bedürfnisse der übrigen europäi-

---

51 Botzenhart, Manfred, Die österreichische Frage in der deutschen Nationalversammlung 1848/49, in: Gehler, Michael u. a. (Hrsg.), *Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1996, S. 115–134.

52 Botzenhart, Manfred, *Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848–1850*, Düsseldorf 1977, S. 663 ff.

schen Mächte als auch die verbliebene Macht der alten Gewalten in den deutschen Einzelstaaten, vor allem in Preußen und Österreich.

Man hat den liberalen Eliten immer wieder mangelnde Entschlossenheit vorgeworfen und kritisiert, dass sie aus Furcht vor einem Weitertreiben der Revolution weder auf der neuen nationalen Handlungsebene noch in den Einzelstaaten das zeitweise vorhandene Machtpotential genutzt hätten. So kritisierte der ehemalige preußische Diplomat und demokratische Publizist Varnhagen van Ense, dass die Frankfurter Nationalversammlung nur über die Freiheit geredet, sie aber nicht gegen deren Feinde ausreichend gesichert habe. Das Parlament hätte gleich „alle öffentlichen Ämter und alle öffentliche Gewalt, die der Reaktion diene, an sich reißen müssen“ und entschlossen gegen die widerstrebenden Monarchen vorgehen müssen.<sup>53</sup> Einer solchen Kritik ist aber entgegenzuhalten, dass man die Revolutionsbereitschaft der Bevölkerung nicht überschätzen darf. Zudem war die gesamte politische Strategie der Liberalen von Anfang an darauf gerichtet, die unkalkulierbare Revolution rasch zu beenden und in eine Reformpolitik zu überführen. Diese Haltung entsprach dem liberalen Selbstverständnis und wurde durch die Erfahrungen mit den spontanen Protestbewegungen von Bauern sowie ländlichen und städtischen Unterschichten noch verstärkt. Dennoch flüchteten sich die Liberalen im Verlauf der Revolution nicht einfach in die schützenden Arme der alten Gewalten. Sie blieben bis zuletzt bestrebt, ihrer eigenständigen Politik der Mitte zum Erfolg zu verhelfen. Obwohl die vielfach überzogenen Revolutionsängste der Liberalen maßgeblich zur Spaltung und damit zur Schwächung der bürgerlichen Kräfte beitrugen, fanden Liberale und der Großteil der Demokraten am Ende durch die Reichsverfassung doch eine gemeinsame Handlungsgrundlage. Der große Durchbruch blieb dennoch aus, weil gleichzeitig zu viele Probleme zu lösen und die Widerstände auf den entscheidenden Feldern zu groß waren.

## Die Folgen des Scheiterns der Revolution von 1848/49

Was bedeutete nun das politische Scheitern der Revolution für den weiteren Verlauf der deutschen Geschichte? Vor über 70 Jahren hat Griewank geschrieben, dass die „Erinnerung an die deutsche Revolution von 1848 niemals Gefühle des Stolzes oder der Befriedigung“ habe erregen können, wie dies bei den Revolutionen anderer Völker der Fall gewesen sei.<sup>54</sup> Andere Historiker sind noch weitergegangen. Sie haben von Deutschland als dem Land der misslungenen bürgerlichen Revolution gesprochen und hierin ein großes Hemmnis aller folgenden Demokratisierungsversuche gesehen. Die gescheiterte Revolution war für sie eine wichtige Etappe auf einem deutschen Sonderweg in die Moderne, der in den Verbrechen des National-

---

53 Greiling, Werner, Varnhagen van Ense. Lebensweg eines Liberalen. Politisches Wirken zwischen diplomatie und Revolution, Köln/Weimar/Wien 1993, S. 241.

54 Griewank, Ursachen (wie Anm. 24), S. 59.

sozialismus mündete.<sup>55</sup> Gegen eine solche These sind in den letzten Jahrzehnten viele überzeugende Befunde ins Feld geführt worden. Zunächst einmal ist festzuhalten, dass die Revolutionen von 1848 letztlich überall in Europa gescheitert sind. Selbst beim revolutionären Vorbild Frankreich stand am Ende keine fortschrittliche Republik, sondern ein autoritäres Kaiserreich.

Die deutsche Revolution hatte zwar ihr großes politisches Ziel vom März – den freiheitlichen deutschen Nationalstaat – nicht erreicht. Man kehrte zur Ordnung des Deutschen Bundes zurück und stellte im folgenden Jahrzehnt das politische Leben durch eine rigide Repressionspolitik für einige Zeit wieder still. Trotzdem bedeutete das Scheitern der Revolution nicht einfach die Rückkehr zu den alten Verhältnissen. Viel zu viel hatte sich in den wenigen Revolutionsmonaten verändert. Obwohl sich König Friedrich Wilhelm IV. bis zuletzt gegen die Gewährung einer Verfassung gestäubt und den Verfassungsentwurf des preußischen Parlaments verworfen hatte, war Preußen in der Revolution zu einer konstitutionellen Monarchie geworden. In Österreich kehrte man zwar nochmals zum Neoabsolutismus zurück, knüpfte aber nicht mehr bruchlos an die gescheiterten Konzepte Metternichs an. Die wichtigsten Veränderungen brachte die Revolution von 1848 aber zunächst auf dem Felde der Ökonomie. Zur Erfolgsbilanz der Revolution zählten hier die Fortschritte bei der Agrarreform und eine liberalere Wirtschaftspolitik deutscher Regierungen, die den wirtschaftlichen Strukturwandel zur modernen Industriegesellschaft beschleunigte. Auch wenn man das Bürgertum durch die wirtschaftspolitischen Konzessionen von weiteren politischen Ambitionen ablenken wollte, so stärkte der nun einsetzende wirtschaftliche Aufschwung langfristig auch die gesellschaftliche und politische Position der bürgerlichen Kräfte. Schon Ende der 1850er Jahre kam es zu einem neuen Aufbruch der liberalen und nationalen Kräfte. Die wieder erwachte Einheitsbewegung zeigte, dass die Kernideen der von der Paulskirche verabschiedeten Reichsverfassung – die Herstellung eines deutschen Bundesstaates mit freiheitlicher Verfassung und direkt gewähltem deutschen Parlament – nicht auf Dauer zu unterdrücken waren.<sup>56</sup> Die Revolution gab somit trotz all ihrer Schwächen bleibende Impulse im Streben nach deutscher Einheit, bürgerlichem Rechtsstaat und sozialen Reformen. Diesen positiven Langzeitfolgen hat die neuere Forschung noch stärkere Beachtung geschenkt. Die deutsche Revolution von 1848/49 wird daher heute trotz ihres politischen Scheiterns als eine „Epochenschwelle zur Moderne“ angesehen.<sup>57</sup>

Als Otto von Bismarck in den frühen 1860er Jahren seine einheitspolitische Strategie entwickelte, war ihm klar, dass Kompromisse mit der bürgerlich-liberalen Bewegung nur zu erreichen waren, wenn man in der Frage des direkt gewähl-

---

55 Zur Kritik an dieser Sichtweise vgl. Blackbourn, David/Eley, Geoff, *Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848*, Frankfurt am Main 1980.

56 Zusammenfassend zu dieser „Erfolgsbilanz“ der Revolution: Hein, Dieter, *Die Revolution von 1848/49*, München 1998, S. 135 ff.

57 Hachtmann, *Epochenschwelle* (wie Anm. 40).

ten Parlaments entgegenkam. Das wurde 1867 und 1871 auch in der Verfassung verankert. Auch das allgemeine gleiche Männerwahlrecht wurde übernommen. Gewiss blieb die Bismarcksche Reichsverfassung in vielerlei Hinsicht weit hinter der Paulskirchenverfassung zurück, vor allem durch den Verzicht auf deren Grundrechtskatalog. Dennoch setzte die von der Nationalversammlung verabschiedete Verfassung bleibende Maßstäbe für eine von Gleichheit und Freiheit geprägte Ordnung, die auch unter den obrigkeitstaatlichen Strukturen des Kaiserreichs fortwirkten und seit 1919 in den späteren deutschen Verfassungen und Gesetzen ihren Niederschlag fanden.<sup>58</sup>

Auch andere Befunde deuten darauf hin, dass die Revolution von 1848/49 im politischen Leben der Deutschen Veränderungen brachte, die in dem folgenden Jahrzehnten nicht mehr völlig beseitigt werden konnten. Die Revolution von 1848/49 erwies sich als entscheidende Epochenschwelle für die Politisierung der deutschen Gesellschaft und die Herausbildung der künftigen Parteienstrukturen. Die neue politische Situation mit Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit führte 1848 zu einem großen Entwicklungssprung des gesamten Vereinswesens. Überall in Deutschland wuchs die Zahl von Organisationen und Bewegungen, die sich Gehör verschaffen und ihre spezifischen Vorstellungen und Wünsche in die Neuordnung einbringen wollten. Wichtig war vor allem, dass sich politische Vereine zumindest zeitweise frei organisieren und für ihre jeweiligen Ziele werben konnten. Das für Deutschland lange prägende fünfgliedrige „Parteiensystem“ aus Liberalen, Demokraten, Konservativen, dem politischen Katholizismus und der Arbeiterbewegung, das sich schon in den Debatten des Vormärz herausgebildet hatte, trat nun in Parlamentsfraktionen und politischen Vereinen noch deutlicher in Erscheinung. Dazu gehörten der Aufbau außerparlamentarischer Organisationen, neue Wege der Massenbeeinflussung durch Versammlungen und Parteipresse sowie die Vernetzung lokaler, regionaler und nationaler Organisationen. Die politische Vereinsbildung vollzog sich dabei nicht kontinuierlich, sondern in Schüben, wobei vor allem die Wahl zur Nationalversammlung, die Herbstkrise und der Kampf um die Reichsverfassung diesen Prozess beförderten. Bei Liberalen und Demokraten trat die Vereins- und Parteibildung am stärksten hervor, aber auch die vor allem im östlichen Preußen aktiven Konservativen und der politische Katholizismus nutzten die Revolution für die Erweiterung ihres Anhangs und zur programmatischen Neuorientierung. Und auch für die Formierung der deutschen Arbeiterbewegung war die Revolution von 1848/49 eine erste wichtige Etappe. Dies galt vor allem für die von Stephan Born geführte „Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung“. Darüber hinaus wurden an vielen Orten Arbeitervereine gegründet, die allerdings wie der in Gießen im Sommer 1848 entstandene Ver-

---

58 Kühne, Jörg-Detlef, Die Reichsverfassung der Paulskirche. Vorbild und Verwirklichung im späteren deutschen Rechtsleben, Frankfurt am Main 1985.

ein politisch noch in enger Beziehung zu den Demokraten standen.<sup>59</sup> Lange Zeit wenig beachtet wurde die Bedeutung, die der Revolution von 1848 für die Politisierung von Frauen und für die Entstehung der deutschen Frauenbewegung zukam. Die neue Forschung hat gezeigt, wie stark Frauen in unterschiedlicher Form an der Revolutionsbewegung beteiligt waren und wie die 1848er Aktivitäten von Frauen wie Louise Otto-Peters die Grundlagen für die neuen Organisationen der 1860er Jahre legten.<sup>60</sup>

Gewiss muss man sagen, dass der 1848 zeitweise errungene Grad an Demokratisierung erst in der nächsten Revolution 1918/19 wieder erreicht und nun durch das Frauenwahlrecht und die Republik auch übertroffen wurde. Und gewiss muss man daher die Frage stellen, ob die Revolution von 1848 bei einem anderen Verlauf den deutschen Demokratisierungsprozess nicht erheblich beschleunigt hätte. Schließlich erlangten Parteien und Vereine auch nach dem Ende des Reaktionsjahrzehnts nicht mehr die Freiräume, die 1848 zeitweise gegeben waren. Und im Deutschen Kaiserreich von 1871 blieben Vereinsfreiheit und Versammlungsrecht angesichts der Eingriffe des Obrigkeitsstaates weit von den Idealen entfernt, die man 1848 hatte verwirklichen wollen.<sup>61</sup> Trotzdem schlugen sich die Folgen der 1848 angestoßenen Politisierungsprozesse in der politischen Kultur des Kaiserreichs positiver nieder, als dies lange behauptet worden ist. Dies zeigen etwa die von der amerikanischen Historikerin Anderson vorgelegten Analysen der Reichstagswahlen zwischen 1871 und 1912.<sup>62</sup> Zwischen den politischen und gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen in Deutschland und den westeuropäischen Staaten gab es trotz unterschiedlicher Ausgangslagen und Entwicklungspfaden letztlich mehr Gemeinsamkeiten als lange angenommen. Obwohl von der gescheiterten Revolution von 1848/49 kein direkter Weg in die deutschen Katastrophen des 20. Jahrhunderts führte, wird über die „langen Schatten des Scheiterns der Revolution“<sup>63</sup> – also über den Sieg des Obrigkeitsstaates und die Folgen unterschiedlicher Revolutionswahrnehmungen sozialer Gruppen und politischer Richtungen – nach wie vor kontrovers diskutiert.

Fragt man nach politischen Langzeitwirkungen des Revolutionsjahres 1848, so muss neben dem Demokratisierungsschub aber auch ein anderer Aspekt beachtet werden, der in einem weniger positiven Licht erscheint. Der von den europäischen Freiheits- und Einheitsbewegungen erhoffte Völkerfrühling hatte nur kurze Zeit

---

59 Vgl. Hahn, Hans-Werner, Es begann auch an Lahn und Dill: 150 Jahre Soziale Demokratie – Eine Partei und ihre Geschichte, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen, 98 (2013), S. 125 f.

60 Zu Deutschland vgl. Kienitz, Sabine, Frauen, in: Dipper/Speck (Hrsg.), Revolution (wie Anm. 32), S. 272–285; aus europäischem Blickwinkel siehe Clarke, Frühling (wie Anm. 46), S. 583 ff.

61 Vgl. Breitbach, Michael/Deiseroth, Dieter (Hrsg.), Versammlungsrecht des Bundes und der Länder, 2. Aufl. Baden-Baden 2020, S. 67 ff.

62 Anderson, Margaret Lavinia, Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich, Stuttgart 2009.

63 Hachtmann, Epochenschwelle (wie Anm. 40), S. 188 ff.

gehalten. Die Revolutionen führten nicht zur Versöhnung der europäischen Völker, sondern zunächst einmal zu verschärften Nationalitätenkonflikten und neuen Kriegen. 1848 war noch kein Epochenjahr auf dem Weg zu einem friedlichen Europa freier Nationen. Die Revolution setzte vielerorts nationale Übersteigerungen und Machträume frei. In Deutschland schlug sich dies in den Grenzdebatten der Paulskirche und der ersten Flottenbegeisterung nieder. Aber auch in vielen anderen Ländern war das zu spüren. Deshalb ist Vorsicht geboten, wenn man die deutsche Revolution von 1848 als demokratischen Einigungsversuch von unten vorschnell der so genannten „Kriegsgeburt“ des Kaiserreichs<sup>64</sup> entgegenstellt. Zum einen gab es generell kaum eine europäische Nationalstaatsgründung, die keine „Kriegsgeburt“ war. Zum anderen wären auch 1848/49 erfolgreiche europäische Nationalstaatsgründungen ohne Krieg vermutlich gar nicht möglich gewesen.<sup>65</sup> Der idealistische Glaube an ein friedliches Zusammenwachsen einer Nation durch Parlamentsmehrheiten zerbrach rasch an den machtpolitischen Realitäten in Europa. Gegen die dänischen Ansprüche auf Schleswig zog nicht erst Bismarck in den Krieg. Dies wollten schon die Liberalen und Demokraten von 1848. Österreich hätte sich nie kampflos von seinen Positionen in Deutschland abdrängen lassen. Russland drohte mit Intervention. Und Frankreich hielt 1848 gegenüber den einheitspolitischen Bestrebungen in Deutschland wohl nur still, weil es innenpolitisch mit sich selbst genug zu hatte. Als Louis Napoleon dann fest im Sattel saß, machte er rasch klar, dass eine deutsche Einigung nur unter seinen Bedingungen zu erfolgen hatte. Im Übrigen war die provisorische Reichszentralgewalt in Frankfurt von keiner der europäischen Mächte offiziell anerkannt worden. Die weiteren Entwicklungen in Italien und Deutschland zeigten dann sehr klar, dass Nationalbewegungen letztlich nur erfolgreich sein konnten, wenn sie sich eng mit einem bereits existierenden staatlichen Macht- und Militärapparat verbanden. Diesen Realitäten trugen nach dem Erfolg der italienischen Nationalbewegung in den 1860er Jahren auch viele deutsche 48er Rechnung und suchten Kompromisse mit Bismarck. Umgekehrt musste aber auch Bismarck in seiner Strategie jenen Realitäten Rechnung tragen, die durch die so genannte innere Nationsbildung<sup>66</sup> in Deutschland – durch die politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verflechtungen – und den Bedeutungszuwachs der bürgerlichen Kräfte entstanden waren. In dieser Hinsicht war die Revolution von 1848/49 durchaus eine wichtige Voraussetzung für den späteren Einigungsprozess.

---

64 So Conze, Eckart, Schatten des Kaiserreichs. Die Reichsgründung von 1871 und ihr schwieriges Erbe, München 2020, S. 62 ff.

65 Ausführlich hierzu Langewiesche, Dieter, Der gewaltsame Lehrer. Europas Kriege in der Moderne, München 2019, S. 149 ff.

66 Hierzu ausführlich Fehrenbach, Elisabeth, Verfassungsstaat und Nationsbildung 1815–1871, 2. Aufl., München 2007.

Die Revolution von 1848 wies somit nicht nur ambivalente Erscheinungsformen auf, die ihr politisches Scheitern begünstigten. Sie hatte auch sehr ambivalente Folgen für die deutsche und europäische Geschichte. Es ist wichtig an sie zu erinnern. Das war in Deutschland lange nicht der Fall. Man sollte dabei den zweifellos starken demokratischen Aufbruch dieser Monate hervorheben. Man sollte aber auch ihre Schattenseiten nicht ausblenden und kein Bild entstehen lassen, nach dem eine erfolgreiche Revolution Deutschland vor all den Abgründen bewahrt hätte, welche in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts folgen sollten.